

Korinna Schumann
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.816.184

Wien, 15.10.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3146/J der Abgeordneten Jakob Schwarz, Freundinnen und Freunde betreffend Der Österreich-Aufschlag muss weg, oder doch nicht?** wie folgt:

Fragen 1 bis 8:

- *Wurde die Positionierung für die Ratsarbeitsgruppenstizung vom 16. Juni 2025 seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) mit Ihrem Ministerium abgestimmt?*
 - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Sind die Mitarbeiter: innen Ihres Ministeriums aktiv an das BMWET herangetreten, um sich bei dieser zentralen sozialpolitischen Frage abzustimmen?*
 - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Entspricht die Positionierung Österreichs in der Ratarbeitsgruppe Wettbewerb vom 16. Juni Ihrer Position und auch den Vorgeschlagen seitens der Expert:innen des BMASGPK?*

- a. *Wenn ja, widerspricht das nicht der Übereinkunft im Regierungsabkommen sowie sozialpolitischen Zielsetzungen?*
- *Wurde seitens des BMWET ein Entwurf für eine Weisung für die teilnehmenden Beamten:innen mit dem BMASGPK abgestimmt?*
 - a. *Wenn ja, mit welchem Inhalt?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht ?*
- *Ist Ihnen bekannt, in wie vielen Ratarbeitsgruppen Wettbewerb das Thema TSC seit 2020 bearbeitet wurde?*
 - a. *Wenn ja, bitte um Aufschlüsselung inkl. Datum.*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Haben die Mitarbeiter: innen des BMWET Ihres Wissens nach in den Ratarbeitsgruppen Wettbewerb, bei den TSC seit 2020 behandelt wurde, bisher dieselbe Position vertreten, die laut Medienberichten am 16. Juni 2025 als Position Österreichs vertreten wurde?*
 - a. *Wenn ja, warum unterscheidet sich die Positionierung von der Position der Bundesregierung laut Regierungsprogramm, die auch am 14. August 2025 von Ihnen öffentlich vertreten wurde?*
 - b. *Wenn nein, ist Ihnen bekannt, wieso die bisherige Position Österreichs in der Ratsarbeitsgruppe Wettbewerb am 16. Juni 2025 verändert wurde?*
 - c. *Wenn nein, ist ihnen bekannt, ob es Interventionen von Interessenvertretungen oder anderen externen Stakeholdern gab, die auf eine Änderung der österreichischen Position gedrängt haben?*
- *Mit welchem Interessenvertretungen und Verbänden sind Sie und/oder Ihre Mitarbeiter: innen zum Thema TSC im Austausch? Bitte um konkrete Bezeichnung.*
- *Wie oft finden Stakeholder-Abstimmungen seitens Ihres Ministeriums zum Thema TSC statt? Bitte um Aufschlüsselung seit 2020.*

Der Abbau sogenannter territorialer Lieferbeschränkungen ist ein aus konsumentenpolitischer Sicht wichtiges Unterfangen im Rahmen der Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik im europäischen Binnenmarkt und wird seitens meines Ressorts unterstützt. Bei diesen Bereichen handelt es sich allerdings um keinen Vollzugsbereich, der in der Zuständigkeit meines Ressorts gemäß Bundesministeriengesetz 1986 gelegen ist. Es ist mithin insbesondere auf den für Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik, Wettbewerbsangelegenheiten und die Ordnung des Binnenmarktes zuständigen Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus zu verweisen.

Frage 9:

- *Gibt es eine einheitliche Position der Regierung zum Österreich-Aufschlag?*
 - a. *Wenn ja, wie sieht diese aus und was ist die Begründung?*

Die Bundesregierung hat sich im Ministerratsvortrag vom 3.9. darauf verständigt, sich auf europäischer Ebene für das Vorziehen von effektiven Maßnahmen gegen territoriale Lieferbeschränkungen einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

